

Von uns für Sie:

Der Stelzenberger

SPD Ortsverein Stelzenberg

im Dezember 2011

BÜRGERENTSCHEID, jetzt gilt's: LANDSTUHL oder KAISERSLAUTERN

In letzter Zeit gab es viel Bewegung bei der von BM Unnold zusammen mit den Fraktionen von FWG und CDU im Verbandsgemeinderat geplanten Fusion mit Landstuhl. Trotz des abschlägigen Bescheids aus Landstuhl - „nein, jetzt wollen wir nicht mehr“ - bleibt die Meinung unserer Bürgerinnen und Bürger unverändert gefragt. Denn noch lange ist eine Fusion mit der Verbandsgemeinde Landstuhl nicht endgültig „vom Tisch“.

Der verantwortliche Bürgermeister unserer Verbandsgemeinde sowie die Sprecher der FWG- und auch der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat betonen immer wieder, dass sie eine Fusion mit Landstuhl nach wie vor nicht ausschließen. Unser Verbandsbürgermeister hat keinen Zweifel daran, „dass das Land die VG Kaiserslautern-Süd nicht in der jetzigen Form belassen wird“ (die **Rheinpfalz** vom 19.10.2011). Er geht davon aus, dass es 2014 „von Staats wegen zu Zwangsfusionen kommt“ und dass dann „eine Verschmelzung der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit Landstuhl [...] wieder ins Auge gefasst werde“ (die **Rheinpfalz** vom 17.10.2011).

Das aber ist nicht unser Weg!

Wir wollen und werden selbst über unsere Zukunft bestimmen.

Wenn es nicht so bleiben kann wie es ist, dann lieber nach „Lautre“, als nach Landstuhl.

Wiederholt wurde in unserer Gemeinde über die anstehenden Entscheidungen unseres Ortsgemeinderates und des Verbandsgemeinderates im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform sowie deren Bedeutung für die Zukunft von Stelzenberg diskutiert.

In kaum einer anderen Ortsgemeinde unserer Verbandsgemeinde sind die Einwohner derart gut informiert, wie bei uns in Stelzenberg.

Daher sollen die wichtigsten Vorteile einer Eingemeindung nur noch einmal kurz benannt werden:

- Die privaten Haushalte würden - in der Summe aus Mehr- und Minderbelastungen von Steuern und Gebühren - sogar entlastet. Zweifel? Einfach nachrechnen.

- Unsere Sportvereine würden künftig gefördert. Jeder einzelne Euro täte ihnen gut.
- **Der Gesangverein könnte von einer Wärmeinsel im Bürgerhaus profitieren. Er bräuchte keine eigene Heizung und zusätzlich wären die Heizkosten geringer.**
- Für die Kirchengemeinde mit der Kirche würde dies ebenfalls gelten.
- **Erwachsene und Schüler als Busnutzer würden von günstigeren Fahrpreisen profitieren**
- Unsere Schüler blieben auch künftig für die städtischen Schulen „erste Wahl“ - ganz egal wie sich das Schulangebot in der Stadt entwickeln wird.
- **Gemeindearbeiter und alle Geräte blieben vor Ort erhalten und der Zuständigkeit eines künftigen Ortsvorstehers unterstellt. Schneeräumen und Friedhofspflege wären auch in Zukunft kein Problem.**
- Im Gegensatz zum Landkreis besteht bei der Stadt keine Absicht, den Heckenschnittplatz zu schließen.
- **Achtung: Der Gewerbesteuerersatz würde sich für unsere wenigen Gewerbesteuerpflichtigen effektiv nur geringfügig erhöhen, da die städtische Gewerbesteuer fast vollständig mit der Einkommenssteuer verrechnet wird.**
- Einmalige Leistungen in Höhe von nahezu 3 Millionen Euro würden in unsere Gemeinde fließen – ein Eigenanteil hierzu wäre nicht aufzubringen.
- **Dauerhaft könnten wir im Falle einer Eingemeindung nach Kaiserslautern Vermögen, das von unseren Altvorderen aufgebaut wurde, in eine Bürgerstiftung**

einbringen und so auch für die nächsten Generationen sichern.

- **Gemeinsam mit der Stadt Kaiserslautern würden wir für eine Stärkung der Region eintreten, denn nur wenn es der Stadt gut geht, geht es auch unseren zahlreichen Beschäftigten in Kaiserslautern gut.**
- **Im Gegenzug würde die Stadt Kaiserslautern pro Jahr ca. 500.000 € an uns Stelzenbergern „verdienen“. Denn alleine dies ist der Betrag, den wir zur Zeit an den Landkreis und die Verbandsgemeinde pro Jahr abführen. Darüber hinaus erhielte die Stadt weit über 200.000 € an Mitteln aus dem Landeshaushalt für ihre zusätzlichen Bürgerinnen und Bürger aus Stelzenberg.**

Warum also sollte die Finanzierung der angekündigten Maßnahmen für die Stadt Kaiserslautern auch nur das geringste Problem darstellen?

Im Vorfeld der anstehenden Bürgerentscheide wurde wiederholt betont, wie stark die Bedeutung der Verbandsgemeinde sei und was wir alles dieser Verbandsgemeinde verdanken.

Ist da aber wirklich was dran?

Zumindest kann der Verbandsbürgermeister mit seiner Veröffentlichung im Amtsblatt vom 01.12.'11 keine einzige Investition aus dem Kernhaushalt der Verbandsgemeinde zu Gunsten von Stelzenberg benennen. Alle von ihm angeführten Investitionen musste die Ortsgemeinde Stelzenberg - ohne jegliche Unterstützung durch die Verbandsgemeinde - selbst finanzieren.

WICHTIG:

Was ist ein „Bürgerentscheid“?

Mit einem Bürgerentscheid können Bürger unmittelbar in den Entscheidungsprozess der politischen Gremien eingreifen. Denn: Wird ein Bürgerentscheid angenommen, dann ersetzt dieser einen Gemeinderatsbeschluss. Er kann innerhalb von 3 Jahren auch nicht mehr geändert werden.

Wie kommt es zu einem „Bürgerentscheid“?

Der übliche Weg führt über ein **Bürgerbegehren**. Verbunden mit der gewünschten Fragestellung müssen mindestens 10 Prozent der wahlberechtigten Bürger dieses Bürgerbegehren unterschreiben. Stimmt der Gemeinderat diesem Begehren nicht zu, ermöglicht aber einen Bürgerentscheid, dann werden die Bürger zur Abstimmung aufgerufen. Diesen Weg ging die Bürgerinitiative.

Durch eine Gesetzesänderung besteht in Rheinland-Pfalz seit 2010 die Möglichkeit, dass ein Ortsgemeinderat seinen Bürgern direkt die Möglichkeit eines Bürgerentscheids einräumen kann. Man spricht in diesem Fall von einem „**Ratsbegehren**“. Unser Gemeinderat hat hiervon als erster in ganz Rheinland-Pfalz Gebrauch gemacht.

Wann ist ein „Bürgerentscheid“ angenommen?

Ein Bürgerentscheid ist nur dann angenommen, wenn er **gleichzeitig** die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält **und** diese Mehrheit auch noch

mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten entspricht. (Bei der letzten Kommunalwahl waren 971 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt.)

Das Bürgerbegehren

Offensichtlicher Sinn des Bürgerbegehrens der Bürgerinitiative und der FWG ist es, Bürgermeister Unnold mit der von ihm betriebenen Fusion der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit Landstuhl zu unterstützen. Hierfür ist es notwendig, eine Eingemeindung nach Kaiserslautern - ohne es direkt zu benennen - zu verhindern. Leider wurde die Fragestellung so gewählt, dass die Bedeutung und Konsequenzen eines derartigen Bürgerentscheids verschleiert wurden.

Das Ratsbegehren

Mit dem Ratsbegehren soll den Bürgern die bestehende Alternative zu einer Fusion mit Landstuhl deutlich vor Augen geführt werden: die Eingemeindung nach Kaiserslautern.

Das Ratsbegehren war erforderlich geworden, da Verbandsbürgermeister Unnold die eigentlich geplante, wesentlich günstigere Einwohnerbefragung verhindert hat und die Bürgerinitiative gemeinsam mit der FWG das einseitig formulierte Bürgerbegehren eingebracht hatten.

AUCH DESWEGEN:

**Wenn Sie für
unsere Zukunft stimmen,
dann stimmen Sie
für Kaiserslautern!**

BÜRGERENTSCHEID AM 18.12.2011:



Stimmzettel für die Bürgerentscheide in der Ortsgemeinde Stelzenberg am 18. Dezember 2011

Bürgerentscheid 1 <u>Bürgerbegehren</u>	Bürgerentscheid 2 <u>Ratsbegehren</u>		
<p>Soll sich die Gemeinde Stelzenberg im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform für den Erhalt der Eigenständigkeit einsetzen ?</p> <p>Sie haben hier eine Stimme</p> <p><input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein</p>	<p>Soll sich die Gemeinde Stelzenberg – statt für eine Fusion der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit der Verbandsgemeinde Landstuhl - für eine Eingemeindung der Ortsgemeinde Stelzenberg in die Stadt Kaiserslautern einsetzen?</p> <p>Sie haben hier eine Stimme</p> <p><input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein</p>		
<p style="text-align: center;">Stichfrage</p> <p>Für welche Alternative soll sich die Gemeinde Stelzenberg einsetzen, wenn beide Bürgerentscheide die notwendigen Mehrheiten erhalten ?</p> <p>Sie haben hier eine Stimme</p> <table><tr><td><input type="radio"/> Die Gemeinde soll sich im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform für den Erhalt der Eigenständigkeit einsetzen (Bürgerbegehren)</td><td><input checked="" type="radio"/> Die Gemeinde soll sich - statt für eine Fusion der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit der Verbandsgemeinde Landstuhl - für eine Eingemeindung von Stelzenberg in die Stadt Kaiserslautern einsetzen. (Ratsbegehren)</td></tr></table>		<input type="radio"/> Die Gemeinde soll sich im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform für den Erhalt der Eigenständigkeit einsetzen (Bürgerbegehren)	<input checked="" type="radio"/> Die Gemeinde soll sich - statt für eine Fusion der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit der Verbandsgemeinde Landstuhl - für eine Eingemeindung von Stelzenberg in die Stadt Kaiserslautern einsetzen. (Ratsbegehren)
<input type="radio"/> Die Gemeinde soll sich im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform für den Erhalt der Eigenständigkeit einsetzen (Bürgerbegehren)	<input checked="" type="radio"/> Die Gemeinde soll sich - statt für eine Fusion der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit der Verbandsgemeinde Landstuhl - für eine Eingemeindung von Stelzenberg in die Stadt Kaiserslautern einsetzen. (Ratsbegehren)		

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
SPD Ortsverein Stelzenberg

Ihre Stelzenberger

SPD